



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

## **Deutscher Bundestag**

Paul-Löbe-Haus  
11011 Berlin  
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,  
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding  
Tel: (030) 227 – 71111  
Fax: (030) 227 – 76099  
Email: matthias.miersch@bundestag.de

## **Wahlkreis**

Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover  
Ansprechpartner:  
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu  
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)  
Fax: (05 11) 92 03 190  
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

[www.matthias-miersch.de](http://www.matthias-miersch.de)

Berlin, den 26. Oktober 2011

### **Persönliche Erklärung zur Eurokrise, Gorleben, Abfallgesetzgebung und Biopatenten**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,

die Ereignisse in Berlin, Brüssel und an anderen Orten überschlagen sich und einige andere wichtige Themen, an denen ich politisch arbeite, treten angesichts der Eurokrise völlig in den Hintergrund. Grund genug, in einer neuen Persönlichen Erklärung meine Sicht der Dinge zu erläutern:

#### **Erste Einschätzung**

In den Medien werden Gipfel zu Schicksalssitzungen hochgeschrieben. Ich bin sicher, dass der politische Durchbruch erst gelingt, wenn grundsätzliche Weichenstellungen erfolgen und die Politik auf nationaler und internationaler Ebene endlich das Heft des Handelns in die Hand nimmt. Wir brauchen ein gesetzliches Verbot bestimmter Finanzgeschäfte, die Neuorganisation des Bankenwesens und vor allem auch die Herstellung wirklicher Steuerungsfähigkeit auf der Ebene der Europäischen Union, wenn es um ein wirkliches Bollwerk gegen Marktspekulationen und „Marshallpläne“ für bestimmte Staaten geht. Andererseits geht es aber auch darum, Interventionsmöglichkeiten zu schaffen, wenn Staaten ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Natürlich brauchen Teile dieser Lösungsansätze Zeit für ihre Umsetzung. Die Regierung Merkel hat all diese notwendigen Schritte aber noch nicht einmal eingeleitet. Vielmehr hat sie große Bereiche immer wieder bekämpft. Sie lässt sich von „den Märkten“ treiben, hat immer wieder getäuscht und behauptet, dass die jeweiligen Rettungspläne ausreichen, um ein paar Monate später wieder zu neuen Einsichten zu gelangen. Ich habe in all den Persönlichen Erklärungen immer wieder darauf hingewiesen. Es ist schwer, bei dieser Ausgangslage als Opposition Verantwortung zu übernehmen und Anträgen zuzustimmen. In den Medien wird dies möglicherweise als Unterstützung der Kanzlerin gewertet und nimmt die SPD in eine Mithaftung. Gleichzeitig kann und darf man sich in dieser Lage nicht auf populistische Oppositionspolitik zurückziehen, zumal die SPD in den europäischen Nachbarstaaten nicht mehr als Opposition, sondern als stabilisierender Akteur wahrgenommen wird. Ich möchte deshalb noch einmal versichern, dass ich angesichts dieser Ausgangslage sehr sorgfältig abwäge, welche Schritte ich unterstützen kann und welche nicht. Besonders schwer ist dabei, dass es nicht „die Lösung“, „den Experten“ oder „die Meinung“ gibt. Ich berate mich hier und in der Region mit vielen Menschen, die aus beruflicher oder wissenschaftlicher Perspektive eine Einschätzung geben können. Die Auffassungen weichen teilweise erheblich voneinander ab, so dass ich als Abgeordneter letztlich eine sehr schwierige Entscheidung treffen und verantworten muss.

#### **Worüber entschied der Bundestag am Mittwoch vor dem Brüsseler Gipfel?**

Wenn teilweise in den Medien auch völlig anders dargestellt, hat der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch – auch mit meiner Stimme – noch **nicht** über bestimmte Instrumente zur Erhöhung des bisherigen Rettungsfonds (Hebelwirkung) entschieden. Er hat in einem gemeinsamen Antrag von



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen vielmehr einen Zustimmungsvorbehalt zum Ausdruck gebracht und eine entsprechende Unterrichtung nach Einigung auf europäischer Ebene verlangt. Erfolge für SPD und die Grünen sind vor allem das erstmalige gemeinsame Bekenntnis von CDU/CSU und FDP zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer und auch die Bestätigung eines höheren Verlustrisikos bei Einführung einer Hebelwirkung. Das klang vor einigen Tagen und Wochen noch ganz anders und offenbart das unseriöse Regierungshandeln. Durch die öffentliche Beratung im Bundestag werden all diese Aspekte auch transparent. Die Kanzlerin muss nun in Brüssel verhandeln. Danach wird der Bundestag über einzelne Instrumente entscheiden müssen.

### **Was bedeutet der Hebel?**

Bisher sollte der Rettungsschirm (EFSF) Kredite an gefährdete Euro-Länder vergeben. Ich verweise auf meine letzte Erklärung. Da jedoch die bisherige Garantiesumme als nicht mehr ausreichend erachtet wird, soll nun unter Beteiligung privater Investoren oder von Staaten außerhalb der Europäischen Union weiteres Geld aufgebracht werden können. Aktuell liegen noch keine Detail-Informationen vor. Es stehen wohl zwei Modelle zur Diskussion. Beim Versicherungsmodell gibt der (EFSF) Garantien für Staatsanleihen ab, indem er z.B. potentielle Verluste in Höhe von ca. 20 Prozent übernimmt. Kann ein Land seine Schulden nicht mehr begleichen, so dass z.B. 50 Prozent nicht mehr zurückgezahlt werden können, sind 20 Prozent abgesichert, so dass der Verlust „nur“ 30 Prozent beträgt. Zuvor haben die Gläubiger Zinseinnahmen Geld verdient, so dass von einigen Seiten angenommen wird, dass entsprechende Modelle für private Investoren reizvoll sein könnten und so mehr Geld für den Rettungsschirm generiert werden kann.

Im Rahmen der zweiten Ausgestaltungsmöglichkeit, dem Zweckgesellschaftsmodell, wird faktisch eine Gemeinschaftskasse gebildet. Der EFSF bildet einen Grundstock, Staatsfonds und andere Investoren könnten zudem einzahlen. Aus dieser Kasse werden Staatsanleihen aufgekauft. Investoren sollen zwischen mehreren Risikoklassen und unterschiedlichen Renditeklassen auswählen können. Die Absicherung erfolgt wieder stufenweise durch den EFSF.

Viele Detailfragen bleiben bei den Hebelmodellen offen

In der Fraktion haben wir intensiv über die Modelle beraten. Die Grundfrage ist, ob mit den Prinzipien, die mit zu der Krise beigetragen haben, eine Lösung überhaupt Erfolg haben kann? Findet man überhaupt private Investoren? Was passiert, wenn sich die privaten Investoren verspekulieren-müssen sie dann wieder mit Steuergeldern gerettet werden? Welche Abhängigkeiten entstehen? Gibt es Alternativen, entsprechende Summen aufzubringen? Wird das „Anwerfen“ der Notenpresse bei der Europäischen Zentralbank zu einer großen Inflation führen? All diese Fragen sind berechtigt. Deshalb ist die Fraktionsführung meinem Antrag auf Durchführung einer Sonderfraktionssitzung gefolgt, in der wir mit Experten die dann hoffentlich vorliegenden Beschlüsse auf Brüsseler Ebene erörtern und beurteilen können. Dazu wollen wir auch ein SPD-Konzept beraten, dass die mittel- und langfristigen notwendigen Schritte zur Beseitigung der Krise aufzeigen soll. Ich hoffe, dass an diesen Zeilen klar wurde, wie der Beratung- und Entscheidungsstand ist. Nun möchte ich noch zu anderen wichtigen Punkten, die mich politisch sehr beschäftigen, Stellung nehmen.

### **Gorleben**

Am vergangenen Freitag habe ich gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten das Zwischenlager in Gorleben besucht. Vor Ort wollten wir uns ein Bild über die Lage im Castor-Transportbehälter Lager machen und uns über die erhöhten Strahlenmesswerte informieren lassen. Zu diesem Zweck wurde unsere Delegation von mehreren Experten zum Thema Strahlung begleitet. Nachdem wir bereits im Umweltausschuss des Bundestages vergeblich versucht hatten, die genauen Umstände der erhöhten Messwerte in Erfahrung zu bringen, erschien mir ein Termin vor Ort umso wichtiger. Nach vorheriger Absprache mit dem Betreiber GNS erwartete ich eine umfassende Information über die zur Diskussion



Dr. Matthias Miersch  
Mitglied des Deutschen Bundestages

stehenden Berechnungsgrundlagen, die Hintergrundstrahlung, die Messpunkte und die Anordnung der Castoren im Lager. Erstaunlicherweise wurde uns als Abgeordneten des Bundestages der Einlass in die Lagerhalle mit dem Hinweis verwehrt, wir hätten auf Grund der kurzfristigen Ansetzung des Besuches die Sicherheitsüberprüfung nicht fristgerecht durchlaufen können. Ich denke, dass diese Erklärung mehr als fadenscheinig ist. Erstens werden Abgeordnete des deutschen Bundestages grundsätzlich Sicherheitsüberprüfungen unterzogen, die auch alle Beteiligten natürlich problemlos durchlaufen haben. Zweitens besucht mit den Abgeordneten des Bundestages kein Feriencamp das Zwischenlager, sondern ein Staatsorgan des Bundes, der Souverän des deutschen Volkes, betraut mit einer Überwachungs- und Kontrollfunktion. Die Ausübung meines Mandates wurde mir in dieser Hinsicht von einem privaten Unternehmen verweigert.

Insgesamt muss ich also feststellen, dass anstatt der im Bereich Gorleben besonders angezeigten Transparenz hier Informationen bewusst vorenthalten wurden. Ich werde mich daher formal an den Präsidenten des Bundestages Norbert Lammert wenden und dort eine Klärung des Sachverhaltes fordern. Gleichzeitig werde ich natürlich auch weiterhin versuchen, möglichst genaue und umfassende Informationen über die erhöhten Strahlenwerte im Zwischenlager zusammenzutragen und in den Gremien des Bundestages weiter für Aufklärung in der Sache arbeiten. Die Genehmigung für die kommenden Castor-Transporte ist direkt abhängig von den Mess-Ergebnissen im Zwischenlager, eine unvollständige Faktenlage ist vor diesem Hintergrund absolut nicht hinnehmbar.

Gorleben beschäftigt mich und die SPD-Bundestagsfraktion aber nicht nur auf Grund des anstehenden Castor-Transportes. Am 7. November wird die Fraktion ein großes Symposium zum Thema Gorleben und Endlagersuchgesetz abhalten. Es gilt in dieser Frage jetzt, die Bundesregierung an ihre früheren Versprechen zu erinnern: Wir brauchen möglichst schnell eine gesetzliche Grundlage für eine bundesweite Endlagersuche, die neben geologischen Kriterien auch und gerade die Fragen der Bürgerbeteiligung und des Dialoges vor Ort zufriedenstellend regelt. In der SPD arbeiten wir aktuell mit Hochdruck daran, eigene Vorschläge zu diesem Thema zu verabschieden. Das Symposium wird uns sicher wieder ein Stück weiterbringen.

### **Abfall-Gesetzgebung**

Das von Schwarz-gelb eingebrachte Gesetz zur Neuregelung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts darf so nicht umgesetzt werden. Das Thema wird zwar oft belächelt, bei der Abfallwirtschaft geht es aber um bundesweite Regelungen, um Milliarden-Beträge und viele Arbeitsplätze. Jede Stadt, jede Kommune, jeder Bürger und viele Betriebe sind betroffen. Bei der geplanten Änderung der Abfall-Gesetzgebung sieht der bisherige Entwurf vor, der am Freitag beschlossen werden soll, die Müllentsorgung für private Unternehmen unkontrolliert zu öffnen. Durch sogenannte „Rosinenpickerei“ wären funktionierenden kommunalen Strukturen gefährdet, da lukrative Sammlungen (Altpapier, Elektroschrott, bestimmte Metalle etc.) durch private Anbieter übernommen werden würden, während kostspielige und schwierige Normalsammlungen bei den öffentlichen Entsorgern als Pflichtaufgaben verbleiben würden. Dies hat auch eine Expertenanhörung im Bundestag ergeben.

Grundproblem des schwarz-gelben Gesetzes ist, dass private Entsorger mit kommunalen Entsorgern auf eine gleiche Ebene gestellt werden und es keinen Vorrang kommunaler Daseinsvorsorge mehr gibt. Während wir gerade im Bereich der Finanzentwicklung sehen, dass der Markt nicht alles regelt, setzt Schwarz-Gelb in diesem Bereich voll auf den Wettbewerb und vernichtet gewachsene Strukturen. Ich werde am Freitag mit anderen versuchen, die Defizite aufzuzeigen. Es bleibt zu hoffen, dass es im Bundesrat ein Vermittlungsverfahren gibt, dass an entscheidenden Stellen die bisher



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

falschen Weichenstellungen korrigiert. Ich setze mich daher momentan dafür ein, Entscheidungsträgern auf allen Ebenen noch einmal die Nachteile der vorgeschlagenen Ausgestaltung deutlich zu machen.

### **Biopatente**

In München sollte es am Mittwoch am Europäischen Patentamt zur abschließenden öffentlichen Verhandlung über das Brokkolipatent (EP 1069819) kommen. Bereits letztes Jahr im Juli habe ich an der ersten Anhörung zum Brokkoli- und Tomatenpatent teilgenommen. Nun wurde die abschließende Anhörung überraschend abgesagt. Das Patent EP1069819, der Firma Plant Bioscience, umfasst eine neue Brokkoli-Sorte, die durch konventionelle Methoden gezüchtet wurde. Die Konkurrenzfirma Syngenta hatte gegen das Patent erst Einspruch und dann Beschwerde eingelegt. Syngenta hatte kurz vor dem entscheidenden Termin beantragt, die Anhörung abzusagen und nach Aktenlagen zu entscheiden. Das EPA folgte dieser Bitte der Industrie. Daraus folgt, dass das Patent mit geringen Änderungen aufrecht erhalten bleibt, auch wenn die formale Bestätigung noch nicht ergangen ist. Laut einer Vorentscheidung vom letzten Jahr wird lediglich das Verfahren zur Züchtung aus den Patentansprüchen gestrichen, der Brokkoli selbst bleibt patentiert.

Leider konnte ich nicht wie ursprünglich geplant als Redner auf der Demonstration in München gegen Patente auf Pflanzen und Tiere teilnehmen, da ich zur Abstimmung in Berlin geblieben bin. Ich habe an die Demonstranten eine Solidaritätsnote gesandt, die auf meiner Homepage unter Aktuelle Meldungen eingestellt ist. Die Kundgebung vor dem Europäischen Patentamt wurde organisiert von einem breiten Bündnis von Umweltschützern, Entwicklungshilfeorganisationen und Landwirten und richtet sich gegen das umstrittene Patent auf Brokkoli und die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren. Ich setze mich bereits seit Jahren gegen diese Praxis ein und für eine Änderung der Biopatentrichtlinie, um Patente auf Pflanzen und Tiere zu verhindern. Die Gefahr ist eine Monopolisierung im Bereich der genetischen Ressourcen durch wenige große „Life-Science-Firmen“. Das Brokkolipatent zeigt, dass es hier den Firmen gelungen ist ein Patent auf konventionell gezüchtete Pflanzen zu bekommen. Die Patentierung von einzelnen Pflanzensorten und Tierrassen ist verboten, dennoch gibt es kein grundsätzliches Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren auf EU-Ebene und weltweit, denn hierfür fehlt die maßgebliche Rechtsgrundlage. Mein Ziel ist es, noch in dieser Legislaturperiode einen Antrag für eine Änderung des nationalen Patentrechts mit allen Parteien einzubringen, damit wir ein Zeichen setzen können und ein Umdenken auch auf europäischer Ebene beschleunigt wird.

Ich hoffe, ich konnte Sie mit diesem zugegebenermaßen ausführlichen Newsletter über die aktuellen Entwicklungen und Probleme in Berlin ausreichend informieren. Wie immer bitte ich Sie auch dieses Mal um Ihre Kommentare und Ihr Feedback. Gerne können Sie mein Büro per Email oder Telefon dazu kontaktieren.

Seien Sie herzlich begrüßt

Ihr Matthias Miersch  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion